

2014-02-12

Jan Å Johansson

Der Fall des schwedischen Modells

Ich werde über die Grundlagen des "schwedischen Modells" von 1951 bis Ende der 1990er Jahre, als es immer mehr zurückging, sprechen. Ich werde Ihnen das "schwedische Modell" am Beispiel des Arbeitsmarktes beschreiben und auch eine Analyse geben, warum das Modell verschwand. Es beginnt mit dem Rehn-Meidner-Modell. Es ist ein, nach den Gewerkschaftsökonomen einer Forschungsabteilung des schwedischen Gewerkschaftsdachverbandes LO. Gösta Rehn und Rudolf Meidner 1951 entwickeltes „gesamtwirtschaftliches Modell, welches auf dem Zusammenspiel einer strengen Fiskal, einer solidarischen Lohn und einer forcierten aktiven Arbeitsmarktpolitik beruht.

Durch die solidarische Lohnpolitik sollen unrentable Unternehmen aus dem Markt gedrängt werden, während profitable Unternehmen von den für sie vergleichsweise günstigen Lohnkosten profitierten. Des Weiteren sollen die freigesetzten Arbeitnehmer mittels der aktiven Arbeitsmarktpolitik für neue Jobs qualifiziert und die Inflation durch eine restriktive Fiskalpolitik kontrolliert werden. Aktive Arbeitsmarktpolitik bedeutete Umerziehung der Arbeitnehmer, die arbeitslos wurden. Zum Beispiel wurden die Landwirte mit kleinen Flächen aufgefordert, ihre Betriebe zu schließen und manchmal waren sie gezwungen, zusätzlich eine Weiterbildung abzuschließen, zum Schweißer zum Beispiel, um dann einen Job in der Schiffbauindustrie, die damals in Schweden vertreten war, zu bekommen. Die Arbeiter in der Textilindustrie in Norrköping, wo ich jetzt lebe, hatten in den 1960er Jahren, in die Metallindustrie einsteigen müssen. Im Allgemeinen wurden alte Arbeitsplätze durch neue Arbeitsplätze ersetzt, zumindest bis Anfang der 1970er Jahre.

Die solidarische Lohnpolitik bedeutete, dass für alle Arbeiter in den LO Sammel die Gehälter jedes Jahr mehr oder weniger gleichmäßig für alle erhöht wurden. Die Textilindustrie hatte dann schwierige Zeiten und musste in Schweden schließen, weil sie mit billigeren Tücher aus dem Ausland nicht konkurrieren konnten. Als der Markt sich entwickelte, hatten einige Sektoren der Metallindustrie große Probleme und einige Fabriken für die Herstellung von altmodischen Waren, mussten schließen. Auf diese Weise hatte Schweden eine Rationalisierung der Struktur durchgemacht, so dass die alte Industrie automatisch geschlossen wurde, als sie mit der Gehaltserhöhung nicht mithalten konnte. Anstatt zu versuchen, für die Existenz der alten Industrie zu kämpfen, wurde sie ziemlich schnell abgebaut.

Die solidarische Lohnpolitik bedeutet, dass alle Arbeitnehmer etwa auf dem gleichen Gehaltsniveau

standen, egal ob sie im öffentlichen Sektor, in der Textilindustrie, der Kunststoffindustrie oder in Autofabriken arbeiteten. Die letzteren hatten ein etwas höheres Gehalt, aber wenn wir es mit den Vereinigten Staaten vergleichen ist es ein riesiger Unterschied. Die Autoarbeiter in den USA waren früher im Vergleich zu Arbeitnehmern in anderen Branchen im Land extrem gut bezahlt.

Aber der Nachteil in Schweden war, dass die gut funktionierenden Unternehmen einen Profit dann machten, wenn ihre Arbeitnehmer eine Gehaltserhöhung verlangten, die im Gegensatz zum Unternehmensprofit gering waren. Insbesondere die Arbeiter in der Metallindustrie waren nicht damitzufrieden.

Aber die solidarische Lohnpolitik hatte für LO und die Sozialdemokraten eine höhere Bedeutung. Es war ein Versuch, die Gehälter zwischen den Facharbeiter und weniger qualifizierten Arbeiter durch die Erhöhung der Gehälter derjenigen, die am schlechtesten verdient haben, abzugleichen. Die Gewerkschaften wollten mit der solidarischen Lohnpolitik gemeinsame politische Ziele erfüllen, wie etwa Gerechtigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter. Allen Mitglieder der LO sollte eine positive Entwicklung der Reallöhne garantiert werden, aber mehr sollte für die Lohnerhöhung derjenigen gegeben werden, die die niedrigsten Gehältern hatten. Der Wettbewerb für Gehälter sollte verhindert werden und die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen sollten verringert werden. Aber während der späten 1980er wurde die solidarische Lohnpolitik allmählich aufgegeben. In einigen Sektoren gibt es immernoch Kollektivverträge mit schon auf nationaler Ebene vorgesehenen Löhnen, aber die Kluft zwischen den Löhnen der unterschiedlichen Sektoren ist größer geworden. Die Arbeitgeber waren nicht so daran interessiert, mit der ganzen LO kollektiv zentrale Vereinbarung zu haben. Es war in ihrem Interesse, die Solidarität zwischen den Arbeitnehmern zu brechen.

Im Jahr 1971 hatte LO eine Entscheidung getroffen, weitere Forschungen über die kollektive Kapitalbildung durchzuführen, um eine Politik zu finden, die Beschäftigungsmöglichkeiten sichern sollte. Die solidarische Lohnpolitik hatte nicht richtig funktioniert. LO wurde ebenso durch die rote Welle von 1968 beeinflusst. Der Einfluss und die Co-Entscheidungen in den Unternehmen waren die Anforderungen des Tages.

Im Jahr 1975 wurde der erste Vorschlag des Mitarbeiterfonds (löntagarfonder) von Rudolf Meidner präsentiert, damals Ökonom bei LO. Der erste Vorschlag war, dass 20 Prozent des Profits der betroffenen Unternehmen in Aktien geändert werden, die dann in einen Mitarbeiterfondgehen sollten. Die Arbeitnehmer sollten die Mehrheit der Räte ausmachen. Langfristig könnten mehr als die Hälfte aller Aktien der größeren schwedischen Unternehmen in diesen Fonds gebündelt werden. Rudolf Meidner erklärte, dass dieser Vorschlag ein Volltreffer bei der Befugnisse von denen war, die das Kapital besaßen. Er bezog sich auf Karl Marx und Ernst Wigforss, einen schwedischen sozialdemokratischen Theoretiker, dass die Gesellschaft nicht ohne eine Änderung der Eigentümer

geändert werden kann.

Die Sozialdemokratische Partei wurde nervös und Olof Palme sagte, dass er sich in seinen Träumen nicht vorstellen konnten, dass der Vorschlag so weit gehen kann. Im Jahr 1977 bildeten LO und die Sozialdemokraten eine Arbeitsgruppe. Sie unterstützten die Mitarbeiterfonds mit dem Argument, dass die Mittel Kapital für Modernisierung und Umstrukturierung der schwedischen Industrie benötigt würden.

Der Vorschlag wurde später geändert. Ein Teil der Lohnsteuer die der Arbeitgeber zahlen musste, sollte auch den Mitarbeiterfond finanzieren. Die Lohnsteuer ist ein Teil des Lohnvolumens für Arbeitnehmer so dass man auch sagen kann, dass alle Arbeitnehmer den Fund auch mitfinanzierten.

Die Sozialdemokraten waren von 1976 bis 1982 in der Opposition, nachdem sie seit 1932 in der Regierung waren. Schweden war in der Rezession und im Jahr 1982 hatten sie guten Chancen, die Wahlen zu gewinnen. Aber sie hatten Angst, wegen den Mitarbeiterfonds scheitern zu können. Es war eine heikle Situation, über "Sozialisation" zu debattieren und dies war die Debatte, die die Konservativen und Liberalen anschlügen.

Im Jahr 1981, modifizierten die LO und die Sozialdemokraten den Vorschlag des Mitarbeiterfonds in der Weise, dass der Hauptpunkt nun die kollektive Kapitalakkumulation darstellte, und nicht Eigentum oder Macht der Mitarbeiter. Die Sozialdemokraten gewannen die Wahlen im September 1982 und im Jahr 1983 schlugen sie die Gründung von fünf Mitarbeiterfonds vor. Jedem von ihnen wurde erlaubt, in einer Firma höchstens 8% der Aktien zu besitzen. Die Mittel würden Beteiligungskapital zur Verfügung stellen. Im schwedischen Parlament stimmten die Konservativen, Liberalen und die Zentrumsparterie dagegen, die Linkspartei der Kommunisten enthielten sich, während die Sozialdemokraten genug Mandate hatten, um diese Abstimmung zu gewinnen.

Die Sozialdemokraten gewannen die Wahlen im Jahr 1985 und 1988, aber sie verloren 1991. Die neue konservative liberale Regierung schaffte die Mitarbeiterfonds ab. Das Geld in den Fonds wurde verwendet, um das Rentensystem zu stärken, so dass 10 Milliarden SEK (1 Mrd. EUR) zwischen drei Forschungsstiftungen geteilt und 500 Millionen in einer Stiftung für kulturelle Aktivitäten gegeben wurde.

Bis zum Ende der 1980er Jahre war Schweden das international wohl prominenteste Beispiel für einen sozialdemokratischen Weg zur Vollbeschäftigung. Aber Fehler war bereits angerichtet, um diese Politik leicht beschädigen zu können. Diese Fehler wurden von führenden Sozialdemokraten gemacht und nicht durch politische Gegner auf der rechten Seite. Es gab einige Abschnitte in der Demontage des schwedischen Modells. Ab 1985 hatte die Sozialdemokratische Regierung eine Reihe von "Reformen" gemacht.

Ehemaliger sozialdemokratische Finanzminister Gunnar Sträng (Finanzminister von 1955 bis 1976,

nur sechs Jahre Volksschule) der Vorsitzende des Vorstandes der Schwedischen Riksbank, der Zentralbank, ging nach den Wahlen von 1985 in den Ruhestand. Olof Palme war müde und an die Wirtschaftspolitik 1985-86 nicht mehr beteiligt.

Der Finanzminister dieser Zeit Kjell-Olof Feldt konnte mehr oder weniger allein entscheiden. Kein Parteitag, keine Fraktion, kein Rat hatte eine Debatte über die Deregulierung der Kredit- und Devisenmärkten. Es war "eine Expertenangelegenheit", das die einfachen Politiker nicht verstehen konnten.

Erstens, im Jahr 1985, wurde der schwedische Kreditmarkt dereguliert. Die Unternehmen und Privatpersonen begannen zu leihen und zwar viel. Es führte zu einer Überhitzung der Wirtschaft, führte zu gestiegenen Immobilienpreisen und so weiter.

Zweitens, im Jahr 1990 geschah die Liberalisierung des Devisenmarktes. OK, etwas hätte in einer neuen Weltmarktwirtschaft getan werden müssen. Aber die Entscheidung wurde nicht in politischen Kreisen diskutiert und die Folgen waren verheerend.

Wegen dem flexiblen Wechselkurs der schwedischen Währung, änderte sich die Politik, und die Bekämpfung der Inflation wurde zur obersten Priorität, und nicht der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Diese Änderung der Politik war innerhalb der Sozialdemokraten nicht umstritten. 1990 bis 1991 haben die Sozialdemokraten eine Steuerreform umgesetzt. Die Menschen mit gutem Einkommen haben eine große direkte Steuerermäßigung und eine große Steigerung ihrer Nettogehälter direkt in ihre Hände bekommen. Die Arbeiter bekam fast nichts von den reduzierten Steuern. Der Steuerentlastungsschub wurde reduziert, was als eine direkte Steuerermäßigung für diejenigen mit hohem Einkommen gesehen wurde.

Plötzlich, im Oktober 1990, machten die schwedischen Sozialdemokraten einen Vorschlag im Parlament, dass Schweden die Verhandlungen beginnen sollten, der EWG (später EU) beizutreten. Ohne jegliche Debatte innerhalb der Partei.

Im Mai 1991 trat Schweden dem ERM bei (dem sogenannten Wechselkursmechanismus)- noch ein verheerender Fehler.

Die Krise traf Schweden aufgrund der Überhitzung der Wirtschaft im Jahr 1991. Eine Immobilienblase in Schweden platzte, was zu schweren Kreditkrise und Bankeninsolvenz geführt hat. Die Immobilienpreise sind stark gesunken und die Arbeitslosigkeit ging hinauf. Staatliche

Gelder mussten Banken retten, damit die gesamte Wirtschaft nicht zu Bruch ging.

Im September 1991 haben die Sozialdemokraten die Wahlen verloren und die Konservativen, Christdemokraten und Liberalen übernahmen. Sie hatten wirklich ein Pech. Die Wirtschaft ging schlecht und sie verloren die Wahlen 1994.

Im Herbst 1992 versuchte Schweden den Wert der Schwedischen Krone (SEK) im ERM zu verteidigen. 16. Dezember 1992 erhöhte die schwedische Zentralbank die Verzinsung bis auf 500%. Es muss hinzugefügt werden, dass es der Zinssatz für Geld war, dass die Banken leihen oder in der Zentralbank kurzfristig platzieren konnten. Es war nicht der Zinssatz auf Hauskredite der normalen Menschen.

Schließlich, Schweden musste den ERM im November 1992 verlassen. Die Verteidigung der Schwedische Kronen kostete den schwedischen Staat ca. 150 Mrd. SEK (ca. 15 Milliarden Euro). Die SEK wurde danach eine Wechselwährung.

Drei Krisenpakete von der liberal-konservativen Regierung mit Unterstützung der Sozialdemokraten trafen die schwedische Bevölkerung. Wie immer mussten die gewöhnlichen Steuerzahler die Rechnung bezahlen, mit einem abgesenkten Niveau der Sozialpolitik und den Kosten der Rettungsaktion der Bankkrise.

Die Rettung der schwedischen Banken zunächst kostete etwa 4% des BIP in Schweden. Später wurde es dann aufzwischen 0 und 2% des BIP gesenkt, in Abhängigkeit von verschiedenen Annahmen, aufgrund des Aktienwertes, die später verkauft wurden, als die verstaatlichten Banken privatisiert wurden. Wie gewöhnlich müssen die Steuerzahler die Verluste zahlen und die Gewinne wurden später privatisiert.

Schließlich, trat Schweden am 1. Januar 1995 der Europäischen Union bei. Dann sind wir einem Wirtschaftssystem beigetreten, das es unmöglich macht, mit einer traditionellen sozialdemokratischen Politik in Schweden zu regieren. Ich kann jetzt nicht im Detail über dieses Thema reden, aber der Europäische Gerichtshof hat sich eingemischt und erklärt, dass es in Ordnung ist zum Beispiel für lettische Arbeitnehmer nach Schweden zu kommen und als temporäre Bauarbeiter für weniger Geld als gewöhnliche schwedische Arbeiter zu arbeiten. Es hat eine "Abwärtsspirale" erzeugt, insbesondere im Bausektor und anderen Dienstleistungen.

Schweden hat den Euro im Referendum im September 2003 abgelehnt. In dieser Zeit war ich sehr aktiv in der Kampagne "Europa: Ja - Euro Nein". Wir hatten ein gutes Argument, dass, als wir "Euro gespielt" hatten in den Jahren 1991-1992, es sehr teuer war, und der Euro würde wie der ERM genauso teuer sein, aber viel schwieriger zu verlassen. Die schwedischen Wähler wollten sich nicht für den "Frieden in Europa" opfern, was das große Euro Versprechen war. Die Sozialdemokraten

waren in der Regierung bis 2006. Aber Unterschiede in der Politik zwischen einer sozialdemokratischen Regierung und der vorliegenden liberal-konservativen -ich sehe kaum Unterschiede.

Die Arbeitslosenquote ging von 1,7% im 1990 auf 3,1% im 1991, auf 5,6% 1992, 9,1% in 1993, 9,4% in 1994. Dann blieb es auf diesem Niveau mit einem Tiefpunkt im Jahr 2001 und 2002 bei 4,9%. In den Jahren 2009 bis 2011 waren es um die 8,2 bis 8,3%. Und hier sind wir jetzt.

Ein Staat, das mit einigen Ausnahmen eine Arbeitslosenrate von 2-3% nach 1945 hatte, ist jetzt an etwa 8-9% gewöhnt. .

Der allgemeine Sozialstaat bricht auch zusammen. Die Grundaltersfürsorge ist von niedrigem Standard, aber wenn Sie zahlen, bekommen Sie eine bessere Behandlung. Viele Menschen mit nachweislich schweren Krankheitsproblemen, haben Probleme, ihre Rente aus der Allgemeinen Krankenkasse zu bekommen.

Wie konnte es so schief gehen? Nun, ich gebe einer kleinen Gruppe vom rechten Flügel der Sozialdemokratischen Politiker innerhalb der Finanzabteilung von 1985 bis 1991 die Schuld. Sie waren ein kleiner Haufen hoch gebildeter und gut bezahlter Politiker, die über die gesamte Sozialdemokratische Partei regieren konnte, , weil fast niemand wusste, was sie taten und niemand gesagt hat, was verheerende Auswirkungen diese Politik der Deregulierung und ERM-Mitgliedschaft für die Zukunft haben könnten. Diese sogenannten "Sozialdemokraten" hatten den Kontakt mit Ideologie, Parteimitgliedern und der Realität verloren, in welcher die Arbeitnehmer, ältere und kranke Menschen leben. Nur wenige Personen zur richtigen Zeit am richtigen Ort können die Arbeit mehrerer Generationen der politischen Arbeit zerstören.